

# **Beilage zur INFO 59 für den Stadtbezirk Treptow-Köpenick und die Landkreise Dahme-Spreewald und Oder-Spree**

**Alle Macht den besseren Menschen - aber bitte keine Verantwortung!**

Die gegenwärtige Flugroutendiskussion bringt das kollektive Versagen der Politik ans Licht. Politiker gleich welcher Partei fühlen sich berufen, zu versichern, dass sie selbst ja immer gegen den Standort Schönefeld gewesen wären, aber dass es jetzt ja zu spät sei und man nun aus der sachfremden Standortwahl das Beste machen müsste - mit intelligenten Flugrouten! Je länger die Diskussion um die Flugrouten geführt wird, desto erbitterter werden die verschiedenen Betroffenengruppen aufeinander losgehen und es wird sich zeigen, dass der Standort nicht durch Flugrouten geheilt werden kann, sondern nur durch einen Schlusstrich unter die bisherige Flughafenplanung. Es wäre wirklich wünschenswert gewesen, wenn bei dem jetzt offensichtlich gewordenen Handlungsbedarf, die Politik die Verantwortung übernommen hätte und das Szenario zu Ende gedacht hätte. Stattdessen wird jegliche Verantwortung für die Betroffenen abgelehnt und einfach weiter gewurschtelt.

Gerade hier, im östlichen Umfeld von Schönefeld, gibt es eine Partei, die sich den Kampf gegen Schönefeld von Anfang an auf die Lippen geschrieben hatte, die ehemalige PDS - heute Die Linke, aber nie etwas wirklich dagegen getan hat. Im Brandenburger Wahlkampf 2009 hat die Linke groß für ein absolutes Nachtflugverbot von 22:00 - 6:00 Uhr geworben, davon wissen die heutigen linken Minister nichts mehr (analog zur CO<sub>2</sub>-Verpressung). Seit 2009 sitzen die Genossen im Brandenburger Kabinett, seit 2002 sogar im Berliner Senat - die Chance, ihre angestaubten Lippenbekenntnisse in die Tat umzusetzen, ergreifen sie allerdings nicht, sondern delegieren lieber die Verantwortung an den großen roten Bruder. Der stellvertretende Landesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Brandenburger Landtag, Stefan Ludwig, sagt in einem Interview im Dezemberheft „Links von der Dahme“ (<http://www.lida-online.de>)(Eichwalde, Schulzendorf, Wildau, Zeuthen): „Der Ministerpräsident und der Regierende Bürgermeister haben das Thema BBI zur Chefsache erklärt. Daraus ergibt sich, dass sie den Standpunkt der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit kommunizieren. Das hat zur Folge, dass sich die Minister mit Äußerungen dazu zurückhalten müssen“. Da drängen sich doch 2 Fragen auf: 1. Wie vertreten denn die verantwortlichen linken Fachminister ihre Standpunkte innerhalb der Regierung? Und 2. Wieso lässt sich eine Gesundheitsministerin einen Maulkorb verpassen, während gleichzeitig die Debatte seit Monaten mehr als vom Ministerpräsidenten von einem Staatssekretär Bretschneider bestimmt wird? Ist die Lage der Flugrouten wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung? Außerdem ist es ja gar nicht so, dass sich Frau Lompscher, Frau Tack, Herr Christoffers und Herr Wolf nicht zum BBI geäußert hätten, aber eben vollkommen unkritisch und in vorauseilendem Gehorsam BBI schönredend und lobhudelnd.

Es soll nachfolgend der Versuch unternommen werden, das Interview mit Herrn Ludwig in „Links der Dahme“ an einigen Beispielen zu entlarven. Die Fragen wurden vom ehemaligen Bürgermeister von Eichwalde, Ekkehard Schulz (Die Linke), gestellt - ohne die Antworten von Herrn Ludwig (L) haben sie durchaus den Finger in der Wunde, die dann durch unseren Kommentar (K) sichtbar gemacht wird.

Frage: Eine zentrale Forderung von Anwohnern und Bürgerinitiativen ist die nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, wie stehen Sie dazu?

L Ich halte eine solche Forderung für unrealistisch. Es wäre unredlich den Betroffenen hier etwas durch populistische Forderungen vorzumachen.

K *Im Wahlkampf 2009 hat die Brandenburger Linke genau das getan. Außerdem ist die Forderung keineswegs unrealistisch.*

L ... für den Bau und den Betrieb des Flughafens liegt eine rechtskräftige Genehmigung vor.

K *Falsch, das Nachtflugkonzept wurde in Gänze durch das BVerwG kassiert und zur Neubescheidung an die PFB verwiesen. Der 2009 erlassene ergänzende Planfeststellungsbeschluss wird z. Z. vor dem BVerwG beklagt.*

L Auch wenn im Interesse der Anwohner eine längere Ruhezeit wünschenswert wäre, die Rechtslage in Deutschland ist gegenwärtig so, dass sie das nicht zulässt.

K *Falsch, § 29b Luftverkehrsgesetz sagt:*

*Flugplatzunternehmer, Luftfahrzeughalter und Luftfahrzeugführer sind verpflichtet, ... die Bevölkerung vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen durch Lärm zu schützen. Auf die Nachtruhe der Bevölkerung ist in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.*

**SO MIT UNS  
NICHT**

- Frage: Kritiker verweisen immer wieder nachdrücklich darauf, dass der Flughafen wegen der vor allem aus Lärmschutzgründen erwachsenden Einschränkungen auf lange Sicht rote Zahlen schreiben wird.
- L Ralf Christoffers ist im Aufsichtsrat der FBS vertreten und hat seither auch genaueste Einsicht in die wirtschaftlichen Bedingungen. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund mit roten Zahlen zu rechnen.
- K *Umso schlimmer! Seit Jahren schreibt die FBS rote Zahlen und wird durch Steuergeld alimentiert und am Leben gehalten. Ohne Zugriff auf Steuergeld wäre die FBS längst bankrott. Verwiesen sei hier auf die exzellenten Ausführungen zur wirtschaftlichen Situation der FBS heute und in Zukunft von Frank Welskop in seinem Buch „BBI der neue Berliner Bankenskandal“*
- Frage: MP Platzeck spricht in diesem Zusammenhang immer von einem Kompromiss (Konsensbeschluss, d. R.)
- L Der Kompromiss betrifft nicht einen anderen Standort sondern ein anderes Großprojekt des Landes Brandenburg.
- K ???
- Frage: Der Standort Schönefeld ist doch aber zweifellos auch in seinen Entwicklungsmöglichkeiten beschränkt
- L Der Standort Schönefeld hat keine Wachstumspotentiale. ...
- K *Falsch. Der vom BVerwG genehmigte Planfeststellungsbeschluss erlaubt eine Flugbewegungszahl bis 360.000. Die Gemeinsame Landesplanung spricht in ihrem Planungsatlas auf S. 14 von einer Kapazität von bis zu 560.000 Flugbewegungen!*
- L Deshalb stehen wir auch grundsätzlich einem unbegrenzten Wachstum von Flugverkehr kritisch gegenüber.
- K *Wer soll das der Partei glauben, die bisher jeden guten Vorsatz über Bord geschmissen hat, wenn es dafür Posten und Dienstwagen gab?*
- Frage: Was kann die Brandenburger Landesregierung zum Schutz der Bevölkerung noch tun?
- L Nach heutigen Erkenntnissen hat sich die Zahl (der Betroffenen) auf etwa 145.000 erhöht. Dies muss die Landesregierung auch gegenüber dem BVerwG deutlich machen, damit es in der Entscheidungsfindung berücksichtigt wird.
- K *Hier verwechselt Herr Ludwig die Handelnden: Es ist die brandenburgische Planfeststellungsbehörde, die die Verlärmung von mehr als 250.000 (!) Betroffenen genehmigt hat. Dagegen wehren sich diese gegenwärtig vor dem BVerwG. Dieses hat nicht darüber zu entscheiden, wie viele Menschen verlärmert werden, sondern ob der PFB nach Recht und Gesetz erlassen wurde.*
- Frage: Sie haben bei Ihren Ausführungen ... auf die Eigentümerinteressen der FBS und der Fluggesellschaften verwiesen, haben die Eigentümerinteressen der betroffenen Grundstücksbesitzer nicht ebenso Gewicht?
- L Das ist richtig. Und beim BVerwG in Leipzig wie bei der Festlegung der Flugrouten durch die DFS sind diese unterschiedlichen Eigentümerinteressen verantwortungsvoll abzuwägen.
- K *Falsch. Richtig ist, dass bereits die Brandenburger PFB verantwortungsvoll hätte abwägen müssen, da sie das nicht getan hatte, wurde das Nachtschutzkonzept in Gänze vom BVerwG kassiert. Da sich das neu genehmigte Nachtschutzkonzept nicht wesentlich vom verworfenen unterscheidet, bleibt abzuwarten, wie das BVerwG die erneute Klage entscheidet. Bei der Festlegung der Flugrouten hingegen geht es nicht um Eigentümerinteressen, sondern 1. Um Sicherheit, 2. Um Lärmvermeidung und 3. Um Flüssigkeit des Flugverkehrs*
- Frage: Ist die Erweiterung der Fluglärmmmission auf 34 Mitglieder eine sinnvolle Maßnahme zur Lösung der Probleme?
- L Der Wunsch der vom Fluglärm betroffenen Gemeinden ist nachvollziehbar. Allerdings ist ein Gremium dieser Größenordnung nur sehr beschränkt handlungsfähig.
- K *Hier hat Herr Ludwig recht, aber wieder denkt er nicht bis zu Ende: Wenn soviel Gemeinden so stark von Fluglärm betroffen sind, wird es so lange keine Konsenslösung geben, bis man sich endlich auf Baustopp und Neubau in Sperenberg einigt!*